

BADEN-WÜRTTEMBERG

 Versenden  Drucken  Lesezeichen  Kommentieren  Empfehlen

CDU-Klausurtagung

Signal an die Bundesregierung

Heinz Siebold, veröffentlicht am 20.03.2010

Bild 1 von 2



Die Kernkraft-Profitte der EnBW wecken die Begehrlichkeit der Landes-CDU. Foto: dpa

Stuttgart - Der Vorstand der CDU-Landtagsfraktion hat auf seiner ersten Klausurtagung nach der Wahl von Peter Hauk zum Vorsitzenden mit einem energiepolitischen Vorstoß Aufsehen erregt: Man könne sich eine Vereinbarung mit den Energieunternehmen vorstellen, "die diese dazu verpflichtet, einen Teil des Gewinns aus der Stromerzeugung in den Umstieg auf erneuerbare Energien zu investieren", heißt es in einer Erklärung. Bei einer Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken solle "schon mindestens die Hälfte" des Gewinns abgeschöpft werden, "weniger auf keinen Fall", sagte Hauk nach der Klausur in Titisee im Schwarzwald. Aber die Hälfte "von was" sei unklar. Darüber diskutierte der Fraktionsvorstand mit einem Gast, der seine eigenen Vorstellungen darüber hat, dem EnBW-Vorstandsvorsitzenden Hans-Peter Villis.

"Wir wollen nicht weniger als die Hälfte."

Peter Hauk, CDU-Fraktionschef

Ginge es nach dem Atomkonsens, den die rot-grüne Bundesregierung im Jahr 2000 mit den Energiekonzernen vereinbart hatte, müsste die EnBW eigentlich Block eins in Neckarwestheim demnächst vom Netz nehmen. Die EnBW hat jedoch die Leistung gedrosselt und verlängert so die Betriebsdauer. "Zu längeren Laufzeiten gibt es derzeit keine Alternative", erklärte Peter Hauk. Es wäre "absolut unsinnig und eine Verschwendung öffentlicher Mittel, sichere Kraftwerke bereits jetzt abzuschalten". Immerhin stamme zum Beispiel 40 Prozent des Drehstroms, den die Deutsche Bahn benötige aus Neckarwestheim.

Weitere Artikel zum Thema

Wirtschaftsentwicklung
Atomkraft und Bahn spalten Landtag »

Kommentar zu Rot-Grün im Südwesten Im Aufwind »

Clemens Binniger Der "Doppelgänger" zeigt selbst Profil »

Umfrage im Südwesten Rot-Grün vor Schwarz-Gelb »

alle Artikel anzeigen »

Damit sich beim Thema Laufzeitverlängerung endlich etwas tut, wolle man die Bundesregierung "in Zugzwang setzen", räumte Hauk ein, denn "aus Berlin hören wir hierzu bisher nichts". Deshalb solle die Landesregierung jetzt gemeinsam mit der EnBW ein Modellprojekt in Angriff nehmen, um "ein durchdachtes und umsetzbares Konzept" auszuarbeiten. Erst dann sollen konkrete Zahlen und Größenordnungen genannt werden. Die von Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) ins Spiel gebrachten acht Jahre Laufzeitverlängerung will Hauk nicht unterstützen. Seiner Ansicht nach sollte man bei jedem Reaktor "entlang der Sicherheit" entscheiden, also sichere weiterlaufen lassen und unsichere abschalten.

Das Echo bleibt verhalten

Die Bundesregierung reagierte kühl: "Die Vorarbeiten am Energiekonzept sind in vollem Gang", hieß es am Freitag in Regierungskreisen. Es wurde betont, der von der Koalition vereinbarte Fahrplan werde eingehalten. Das bedeute einen Zwischenbericht zum geplanten nationalen Energiekonzept vor der Sommerpause und den Beschluss im Oktober.

Auch in der Landesregierung blieb das Echo verhalten. Umweltministerin Tanja Gönner (CDU) ließ erklären, dass man sich bereits in einem ständigen Austausch mit den Energieversorgern befinde. Notwendig sei aber eine bundesweite Regelung: das Atomgesetz müsste dementsprechend geändert werden. Dagegen hat die FDP-Fraktion den Vorstoß der CDU-Kollegen begrüßt. "Ich halte das für hilfreich", sagte der FDP-Fraktionsvorsitzende Hans-Ulrich Rülke. Auch er hat den Eindruck, dass sich "in Berlin zu wenig bewegt". Skeptisch reagierte der Verband kommunaler Unternehmen in dem auch die Stadtwerke zusammengeschlossen sind. Landeschef Matthias Berz sagte: " Es ist nicht einzusehen, warum es vorschnell eine Lex EnBW geben sollte."

Die CDU-Fraktionsklausur diskutierte "einen ganzen Strauß von Themen", erklärte Hauk, darunter auch verkehrspolitische. Der Bund wird aufgefordert, "nach dem Aufbau Ost, jetzt einen Aufbau Südwest" anzugehen und mehr Mittel für Aus- und Neubau der Verkehrswege ins Land zu leiten. "Geld muss dort fließen, wo die Räder rollen", sagt Hauk. "Menschen- und umweltgerecht" soll es beim Ausbau der Rheintalstrecke zwischen Karlsruhe und Basel, sowie der Gäubahn von Stuttgart nach Singen zugehen, das Land werde seinen Anteil beitragen. Die Fraktion will in Sachen Rheintalbahn einen Arbeitskreis bilden. Im Themenstrauß ragt noch eine wichtige Nachricht für die Beamten heraus: Die Diskussion über die Dienstrechtsreform habe die Tendenz gezeigt, den "Status quo" zu erhalten, die Kritik hat offensichtlich Wirkung gezeitigt.